

VERORDNUNG

des Gemeinderates der Stadtgemeinde Braunau am Inn vom 15.02.2018, über die Abänderung der bestehenden Verordnung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Braunau am Inn vom 22.05.2014, TOP II/9 betreffend der Erhebung einer Gemeindeabgabe für das Abstellen von mehrspurigen Kraftfahrzeugen in Kurzparkzonen.

Aufgrund des Art. 118 Abs. 6 B-VG in Verbindung mit § 41 Abs. 1 Oö. Gemeindeordnung 1990, LGBL 91/1990 idgF wird verordnet:

Artikel I

Die Verordnung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Braunau am Inn vom 22.05.2014, TOP II/9 betreffend der Erhebung einer Gemeindeabgabe für das Abstellen von mehrspurigen Kraftfahrzeugen in Kurzparkzonen wird wie folgt geändert:

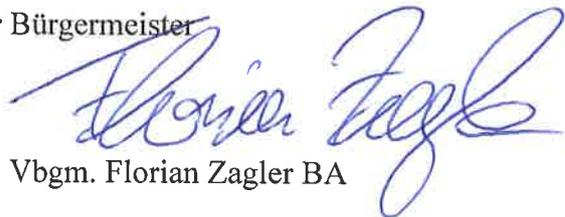
Der § 8 Abs. 1 Strafbestimmungen lautet neu:

- 1) Wer den Bestimmungen dieser Verordnung zuwiderhandelt, begeht gemäß § 6 OÖ. Parkgebührengesetz, LGBL. Nr. 28/1988, i.d.g.F., eine Verwaltungsübertretung und ist von der Bezirksverwaltungsbehörde gemäß § 6 leg. cit. mit einer Geldstrafe bis zu 220,- Euro zu bestrafen.

Artikel II

Diese Verordnung wird gemäß § 94 Absatz 3 OÖ. Gemeindeordnung 1990 i.d.g.F. durch zweiwöchigen Anschlag an die Gemeindeamtstafel kundgemacht und tritt mit Ablauf des Tages der Kundmachung in Kraft.

Der Bürgermeister



i.V. Vbgm. Florian Zagler BA

Angeschlagen am 21.02.2018

Abgenommen am 08.03.2018